

Sowjetische Außenpolitik 1985-1991

Oldenburg, Fred

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oldenburg, F. (1997). *Sowjetische Außenpolitik 1985-1991*. (Berichte / BIOst, 53-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43308>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Ansätze zur Analyse sowjetischer Außenpolitik.....	7
2. Praxis sowjetischer Außenpolitik.....	9
2.1 Sicherheitspolitik	9
2.1.1 Die Rolle der USA	9
2.1.2 Europa	11
2.2 Das gemeinsame europäische Haus.....	11
2.3 Politik gegenüber der Dritten Welt	15
2.3.1 Asien.....	15
2.3.2 Lateinamerika	18
2.3.3 Afrika.....	19
3. Analyseebenen.....	20
3.1 Die neue außenpolitische Ideologie und die Logik des Internationalen Systems	20
3.2 Glasnost und Perestrojka	24
3.3 Institutionen und Personen	25
4. Fazit	27
Summary	29

2. Dezember 1997

Fred Oldenburg

Sowjetische Außenpolitik 1985–1991

Bericht des BIOst Nr. 53/1997

Kurzfassung

Vorbemerkung

Vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung Deutschlands, des Zusammenbruchs des äußeren und inneren Imperiums der UdSSR und schließlich des Endes des Kalten Krieges untersucht diese Studie die Praxis der sowjetischen Außenpolitik in den Jahren 1985 bis 1991. Angesichts der dramatischen Realität versucht sie die von verschiedenen Wissenschaftlern geforderte Mehrebenen-Analyse anzuwenden. Sie stellt: 1. die sowjetische Außenpolitik dieser Jahre dar und versucht 2. deren Logik auf der Folie von Elementen des neuen Denkens, der Faktoren von Glasnost und Perestrojka sowie – last but not least – von Institutionen und Personen nachzugehen.

Ergebnisse

1. Sowjetische Außenpolitik vollzog sich unter den Rahmenbedingungen der Verschiebung der internationalen Tektonik zuungunsten der UdSSR. Damit verbunden war seit Ende der siebziger Jahre nicht nur die Veränderung der Balance of Power, sondern auch ein Rückgang objektiv zur Verfügung stehender Machtmittel im äußeren Imperium. Deren Abschwung war vorrangig Folge des Spätotalitarismus in der UdSSR und anderen osteuropäischen kommunistisch beherrschten Staaten. Sie war aber auch Konsequenz des jahrzehntelang betriebenen außenpolitischen Überengagements sowie der von den USA unter Präsident Reagan betriebenen Gegenmachtbildung. Und nicht zuletzt spielte gerade in dem autokratisch verfaßten System der UdSSR der institutionelle wie auch der persönliche Faktor eine nicht zu unterschätzende Rolle.
2. Gorbatschow war von Anfang an gezwungen, die von ihm ambitioniert und vorrangig betriebene innere Reformation auch außenpolitisch abzustützen. Priorität hatten die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Nur in rücksichtsvoller Zusammenarbeit mit Washington konnte nicht nur eine Atempause in der machtpolitisch und ideologisch begründeten Konfrontation erreicht, sondern darüber hinaus auf der Grundlage einer radikal veränderten außenpolitischen Theorie die institutionelle Integration der UdSSR in eine neue Weltordnung angestrebt werden.
3. Nach Erreichung eines konstruktiven Abrüstungsdialogs mit den USA stand die Gewinnung der Westeuropäer für eine umfassende Modernisierung der UdSSR im

Vordergrund. Dies setzte voraus, daß die Sowjetunion diesen durch Abbau militärischer Überlegenheit ihre Bedrohungsängste nahm sowie sich von jeder offenen Einmischung und erst recht jeglicher Gewaltanwendung in Osteuropa distanzierte. Seit Ende 1988 signalisierte die sowjetische Diplomatie die reduzierte Rolle Osteuropas und die Aufwertung Westeuropas im europapolitischen Konzept der UdSSR. In der Logik dieser Politik lag es, die Trennung Europas aufzugeben und die gesellschaftspolitische Teilung des Kontinents weniger deutlich aufrechtzuerhalten. Wesentlich für die Unmöglichkeit, diese Konzeption des "europäischen Hauses" zu sichern, war die Reformunfähigkeit der osteuropäischen Staaten, die nach Beseitigung der Breshnew-Doktrin dem Modell der westlichen Demokratie folgen konnten. Am deutlichsten wurde dies mit der Wiedervereinigung Deutschlands.

4. In ihrer Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt hatte die sowjetische Politik mehr Erfolg als das ansonsten aus der Retrospektive erscheinen mag. Immerhin wurden mit einer Reihe von Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen oder reaktiviert. Kennzeichnend war jedoch, daß die sowjetische Diplomatie bei der Lösung regionaler Konflikte mitwirkte und die Rolle der Vereinten Nationen aufwertete. Herausragendes Ereignis dieser Zeit war der im Februar 1989 erfolgte Rückzug aus Afghanistan. Er verdeutlichte, daß Gorbatschow bereit war, die Expansionspolitik seiner Vorgänger zu korrigieren und sogar strategische Rückzüge einzuleiten. In Lateinamerika wie anderswo war typisch, daß Krisenmanagement immer mehr mit politischen Mitteln betrieben wurde. Im asiatisch-pazifischen Raum gelang es, die Beziehungen zu China nachhaltig zu verbessern und das Verhältnis zu Südkorea zu normalisieren. Gorbatschows Versuch, sowjetischen Einfluß aufrechtzuerhalten oder sogar auszubauen, war auch im Nahen Osten spürbar. Der Golfkrieg vom Januar 1991 zeigte dann allerdings an, inwieweit und unter welchen Bedingungen die UdSSR bereit war, bisherige Klientelstaaten fallenzulassen und sich der Führerschaft der USA zu unterwerfen. Am deutlichsten war Gorbatschows Enttäuschung über die Kosten der Politik gegenüber der Dritten Welt in Afrika spürbar.
5. Mit der Konzeptbildung des neuen Denkens, die der Praxis partiell vorangehen mußte, beendeten Gorbatschow und seine Mitarbeiter das zuvor in der sowjetischen Theorie der internationalen Beziehungen bestimmende Klassenkampfschema. An die Stelle absichtsvoll betriebener Teilung der Welt in zwei antagonistische politische Systeme, eines aufgespaltenen Völkerrechts und einer Sicherheitspolitik, die von der möglichen Konfrontation mit allen Ländern und Koalitionen ausging, traten andere Leitsätze: die Interdependenz der Staaten, gegenseitige Sicherheit, Konfliktlösung nur mit politischen Mitteln, eine auf bloße Hinlänglichkeit abstellende defensive Verteidigung, Freiheit der Wahl, der Vorrang allgemeinemenschlicher Werte.
6. Eine Voraussetzung für die Veränderungen im internationalen System waren die innenpolitischen Reformen Gorbatschows. Dabei erschien die Außenpolitik als bloße Verlängerung der Innenpolitik. Tatsächlich wirkten beide Ebenen besonders intensiv aufeinander ein. Insbesondere der Verlust an Legitimität, der durch Glasnost noch verschärft wurde, die galoppierende Wirtschafts- und Finanzkrise und die ungelöste

ationale Frage verwiesen auf die Notwendigkeit, in der Außenpolitik Erfolge zu erzielen. Vor allem die zu spät angelaufene Perestrojka der Wirtschaft und die einschneidenden politischen Reformen destabilisierten das System weiter. Dabei war wesentlich, daß die liberal gesonnenen Kräfte der Elite auf marktwirtschaftliche und demokratische Strategien setzten, jedoch gleichzeitig überzeugt blieben, diese seien ohne Rücksichtnahme auf das internationale System und ohne ausdrücklichen Verzicht auf Gewaltanwendung nicht durchzusetzen.

7. Die institutionellen und personalpolitischen Veränderungen zeigten deutlich die Abkehr von früher gültigen Strategien an. Insbesondere die frühe Berufung Schewardnadses zum Aussenminister der UdSSR war ein Indikator dafür, daß Gorbatschow Änderungen in der Aussenpolitik als dringlich ansah und daß er diese darüber hinaus weitgehend selbst gestalten wollte. Die Reorganisation des Außenministeriums und die Zurückdrängung des Parteiapparates wiesen in die gleiche Richtung. Voraussetzung für die Adaption der Außenpolitik und die Hinnahme der sich erdrutschartig vollziehenden Entwicklungen in den Ländern Ost- und Mitteleuropas waren jedoch die nahezu einzigartige Doppelrolle, die Gorbatschow als herausgehobener Präsident der UdSSR und als Generalsekretär der KPdSU hatte. Gorbatschow und seine Equipe entwickelten ein für sowjetische Führer bis dahin ungewöhnliches, sukzessive der idealistischen Denkschule entlehntes Verständnis der Außenpolitik und trugen damit besonders zur Beendigung des Kalten Krieges bei.
8. Gorbatschows Intention war es, internationale Bedingungen dafür zu schaffen, daß die UdSSR als Großmacht die Schwelle des Jahrtausends überschreiten könne. Die sowjetische Diplomatie hoffte dafür die Regeln des internationalen Systems gemeinsam mit anderen neu definieren zu können. Moskaus Außenpolitik strebte die internationale Konsolidierung der UdSSR durch Zuwachs an Sicherheit mittels kooperativ-integrativer Konfliktregulierung an. Hiermit ist die sowjetische Diplomatie gescheitert. Als Erbe hinterließ sie jedoch ihren Nachfolgern einen ungewöhnlichen Vertrauensvorschuß, der nach Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts präzedenzlos war.

1. Ansätze zur Analyse sowjetischer Außenpolitik

Im Westen konkurrieren unterschiedliche Ansätze hinsichtlich der Analyse der Außenpolitik Gorbatschows. Der eine wird bestimmt von der neorealistischen Schule. Diese sieht als wesentlichstes Erklärungsmuster die sich verändernden "Konfigurationen der Balance of Power" und bestreitet keineswegs die Bedeutung innenpolitischer Entwicklungen des zu untersuchenden Akteurs. Sie hält allerdings das äußere Antwortverhalten eines jeden Staates in erster Linie für abhängig von den Faktoren und der Struktur des internationalen Systems.¹ Die zweite Denkschule geht von der Priorität innenpolitischer Faktoren aus und hält vor allem den Niedergang der Wirtschaft als den entscheidenden Brennpunkt für die Paradigmen- und Praxiswechsel sowjetischer Außenpolitik der Jahre 1985 bis 1991.²

Vertreter einer idealistischen Schule dagegen verweisen auf die Wirkung von Institutionen wie der KSZE, in deren Gefolge auf die Westöffnung der UdSSR, und auf Anforderungen des internationalen Rechts. Sie können sich darauf berufen, daß Gorbatschow als Folge eines ungewöhnlichen Lernprozesses Kant gegenüber Marx, Wilson gegenüber Lenin den Vorzug gab. In diesem Zusammenhang werden auch die Bedeutung der westlichen Friedensbewegung sowie die freigesetzten Kräfte der osteuropäischen Menschenrechts- und Bürgerbewegung hervorgehoben.³ Nicht zuletzt wird gerade im Fall der autokratisch organisierten UdSSR auf die überragende Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte der UdSSR hinzuweisen sein.⁴

Der US-Historiker J.L. Gaddis hat deshalb zugunsten eines Methodenpluralismus optiert.⁵ Ebenfalls für eine Mehrebenen-Analyse trat nach der Princeton-Konferenz vom Februar

¹ Vgl. W. Link: Die Entwicklung des Ost-West-Konflikts, in: M. Knapp; G. Krell (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik. München-Wien 1996, S. 242ff.; K.N. Waltz: Man, the State and War. New York 1954; ders.: The Emerging Structure of International Politics, International Security 18, 2, 1993, S. 44-79; ders.: A Response to my Critics, in: R.O. Keohane (Hrsg.): Neorealism and its Critics. New York 1986, insbes. S. 343.

² Vgl. H. Brahm: Voraussetzungen und Verlauf der Reformpolitik Gorbatschows, in: J. Elwert; M. Salewski (Hrsg.): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart 1993, S. 29-37; Z.K. Brzezinski: The Grand Failure. New York 1989; D. Heinzig: Auf dem Rückweg zum alten Denken, in: BIOst (Hrsg.) Sowjetunion 1990/91, München 1991, S. 243; H. Horn: Der Kollaps des kommunistischen Herrschaftssystems in der Sowjetunion, Osteuropa, 43, 1, S. 33-43; dies.: Perestrojka und politische Kultur, Osteuropa, 40, 1, 1990, S. 705-717; J. F. Hough: Democratization and Revolution in the USSR 1985 – 1991. Washington 1997; G. Simon: Die Desintegration der Sowjetunion, in: A. Demandt (Hrsg.): Das Ende der Weltreiche. München 1997, S. 174-210; G. u. N. Simon: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums. München 1990.

³ Für diesen Ansatz spricht, daß Gorbatschow und sein Team wesentliche Positionen (z. B. "kooperative Sicherheit"), die Palme, Brandt, Bahr u.a. vertraten, in ihr Denkgebäude integrierten. Siehe auch J. Galtung: Europa 1989. The Role of Peace Research and the Peace Movement, in: R. Summy; M.E. Salla (Hrsg.): Why the Cold War Ended. A Range of Interpretations. Westport-London 1995, S. 91-105.

⁴ Vgl. A. Brown: The Gorbachev Factor. Oxford 1996. Vgl. auch F. I. Greenstein: Ronald Reagan, Mikhail Gorbachev, and the End of the Cold War. What Difference Did They Make?, in: W.C. Wohlforth (Hrsg.): Witnesses to the End of the Cold War. Baltimore-London 1996, S. 199-239; siehe auch A. Černjaev: Šest' let s Gorbačevym. Moskau 1993.

⁵ J.L. Gaddis: International Relations Theory and the End of Cold War, International Security, 17, Winter 1992/93, S. 5-58.

1993, an der führende Diplomaten der USA und der UdSSR teilnahmen, vor allem auch der amerikanische Politologe W.C. Wohlforth ein.⁶ Analyse solle in Anschluß an K.N. Waltz die verschiedenen "images" oder "levels of analysis" (Man, State, International System) aufarbeiten. Diesen Ansatz haben Vertreter des modernen Konstruktivismus darzulegen versucht.⁷

Obwohl dies hier nicht dargestellt werden kann, bleibt in der Tat eine Mehrebenen-Analyse selten so zwingend geboten, wie im Falle der sowjetischen Außenpolitik vor dem Hintergrund des Niedergangs der UdSSR und des Endes des Kalten Krieges. Zum einen spielte sich der dramatische Vorgang auf der Folie einer sich seit Ende der siebziger Jahre entfaltenden internationalen Tektonik ab.⁸ Dazu gehörte vor allem die reale und von der Sowjetführung auch perzipierte Veränderung der "Korrelation der Kräfte", und zwar zu ihren Ungunsten – für ein System, das diese Kategorie zuvor in den Mittelpunkt ihrer Ideologie gestellt hatte, ein bedrohlicher Legitimationsverlust. Zum anderen wurde der Rückgang an objektiv zur Verfügung stehenden Machtmitteln am Ende der Stagnationsphase aus der Sicht Moskaus vorrangig von negativen Entwicklungen sowjetischer Wirtschaftskraft beeinflusst.⁹ Deren Abschwung war jedoch nicht nur systembedingt, sondern auch eine direkte Konsequenz absichtsvoll betriebenen außenpolitischen Überengagements. Und zum dritten spielte der "Gorbatschow-Faktor" eine wesentliche Rolle.

Eine qualitativ neue "Vervollkommnung des Sozialismus" war ohne Rückkehr zur Entspannung nicht möglich. Doch inzwischen hatte der Westen unter der zurückgewonnen Führungskraft der USA, aber auch sowjetische Politiker aus den Fehlperzeptionen und Enttäuschungen der ersten Detente gelernt. Nach dem Abbruch der "uskorenije" ("Beschleunigung") konnte die galoppierende Staatskrise nur durch eine resolute Integration der UdSSR in das internationale System – und zwar diesmal als ein mehr oder weniger einheitliches System des Völkerrechts – erreicht werden, ein Vorgang, der sich erst 1989 durchsetzte. Allerdings war Politikern wie Gorbatschow und Schewardnadse zuvor klar geworden, daß sich das stalinistische Modell erschöpft hatte. Zumindest Schewardnadse war im Winter 1984 im Gespräch mit Gorbatschow zur Ansicht gekommen: "Alles ist durch und durch faul." Beiden war bewußt, daß man auch eine Perestrojka der Außenpolitik benötige, das heißt daß man von der althergebrachten "Politik der Stärke" sowie den Dogmen der Ideologie Abschied nehmen müsse.¹⁰

⁶ An der Princeton-Konferenz vom 25. bis 27. Februar 1993 hatten auf russischer Seite Bessmertnych, Tschernjajew, Tarassenko und Palatschenko Zeugnis über die sowjetische Politik abgelegt. Vgl. W.C. Wohlforth (Hrsg.): *Witnesses to the End of the Cold War*. Baltimore-London 1996, S. 10-188.

⁷ R. Koslowski; F.V. Kratochwil: *Understanding Change in International Politics: The Soviet Empire's Demise and the International System*, in: R. N. Lebow; T. Risse-Kappen (Hrsg.): *International Relations Theory and the End of Cold War*. New York 1995, S. 127-165.

⁸ J.L. Gaddis: *Tectonics, History, and the End of Cold War*. The Mershon Center. Occasional Paper 1992.

⁹ M.S. Gorbachev: *Izbrannye reči i stat'i*. Moskau 1987, Bd. 2, S. 86.

¹⁰ E. Schewardnadse: *Die Zukunft gehört der Freiheit*. Reinbek 1991, S. 85, 68.

2. Praxis sowjetischer Außenpolitik

2.1 Sicherheitspolitik

2.1.1 Die Rolle der USA

Gorbatschow begann seine Außenpolitik nur vorsichtig an die für die UdSSR negativ verlaufenen Veränderungen des internationalen Systems anzupassen. Den Verbündeten signalisierte er sogar, daß sich am bisherigen Kurs überhaupt nichts ändern werde.¹¹ Auch die Verlängerung des Warschauer Vertrags Ende April 1985 und die einseitige Prolongierung des Atomteststops sowie die im Januar 1986 angebotene vollständige Denuklearisierung der Rüstung standen völlig in der Tradition bisheriger Moskauer Außenbeziehungen.¹² In jeder seiner ersten Ansprachen äußerte der neue Generalsekretär Kritik an den USA, besonders an der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) und suchte die beiden ersten Gipfeltreffen mit diesem Problem zu belasten. Unter dem Einfluß des Amerika-Spezialisten Jakowlew stehend, den er zuvor aus Kanada geholt, an die Spitze des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO) gestellt, und dem er schließlich einen Platz in der Parteiführung eingeräumt hatte, war ihm die Gefährlichkeit des Washingtoner Konzepts vom März 1983 für einen neuen Denkansatz bewußt. Sollte er mit Konfrontation antworten, den Ratschlägen Ogarkows folgen und die Rüstung der UdSSR auf High-Tech-Standard bringen oder eine Politik der Spannungsreduzierung einschlagen? Als Folge der Erschöpfung des sowjetischen Modells und nach Bestandsaufnahme blieb ihm wenig anderes übrig, als erst einmal intern für eine Atempause zu plädieren.¹³

Nach ersten Begegnungen in Westeuropa im Jahre 1985 war jedoch deutlich geworden, daß nur der Abbau direkter Konfrontation mit der Reagan-Administration aus der diplomatischen Isolation, den hohen Kosten intersystemarer Konkurrenz und ihren wirtschaftlichen und nicht zuletzt psychologischen Folgen für die Sowjetunion selbst herausführen konnte. Reagan hatte ab 1981 bewußt sowohl eine Neo-Containment- sowie zumindest propagandistisch auch eine Roll-back-Politik eingeleitet. Nach dem von Andropow zu verantwortenden Verlassen der Genfer Abrüstungstische und dem Bekanntwerden hysterischer sowjetischer Bedrohungsängste im November 1983¹⁴ hatte der US-Präsident jedoch öffentlich mit einer

¹¹ Vgl. SAPMO BArch, DY 30, J IV 2/2A/2739, DY 30/J IV 2/1/631, S. 27f.

¹² Anfangs herrschte auch im Westen die Vermutung vor, bei der sowjetischen Politik handele es sich um eine Fortsetzung leninistischer Politik. Vgl. u. a. G. Wettig: Außen- und Sicherheitspolitik unter neuer Leitung, in: BIOst (Hrsg.): Sowjetunion 1986/87. München-Wien 1987, S. 197-217. Andere Akzente setzte H. Timmermann: Gorbatschow zeigt außenpolitisches Profil, Osteuropa, 36, 1, 1986, S. 3-21.

¹³ R. Legvold: Soviet Learning in the 1980s, in: G. Breslauer; P. E. Tetlock (Hrsg.): Learning in U.S. and Soviet Foreign Policy. Boulder, Co. 1991, S. 684-732.

¹⁴ Vgl. C. Andrew; O. Gordiewsky: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow. München 1990, S. 771ff. Vgl. auch die Aussage von Bessmertnych in: W.C. Wohlforth (Hrsg.): a.a.O., S. 14f, 32ff.

großen Fernsehrede am 16. Januar 1984 Moskau einen Dialog angeboten.¹⁵ Nach den ersten Gipfelbegegnungen in Genf (November 1985) und Reykjavik (Oktober 1986) begann Gorbatschow zu begreifen, daß Reagan die Idee einer Welt ohne nukleare Waffen mit ihm teilte. Schon im Frühjahr 1986 kam Gorbatschow zur Überzeugung, daß von den USA keine Kriegsgefahr mehr drohe. Noch vor dem Desaster von Tschernobyl im April 1986 soll er seinen persönlichen Assistenten angewiesen haben: "Legt mir keine Kriegsführungsprogramme auf den Tisch".¹⁶ Auch die spätere Entkoppelung von Abrüstung und SDI, die gegen den Widerstand des Generalstabschefs Achromejew zustande kam, ist vermutlich aus dieser Neubewertung der Rolle der USA und ihres Präsidenten zu erklären.

Das dritte Gipfeltreffen in Washington im Dezember 1987 wurde gekrönt von der feierlichen Unterschrift unter den INF-Vertrag und erzwang die totale Eliminierung aller Mittel- und Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 km. Zugleich wurde eine gegenseitige Inspektion für dreizehn Jahre vereinbart, die offenkundig auch über den heutigen Tag hinaus ausgeübt wird. Mit der INF-Übereinkunft akzeptierte Moskau erstmals asymmetrische Kürzungen, die quantitativ von den Sowjets höhere Zugeständnisse erforderten, aber die atomare Bedrohung der UdSSR von europäischem Boden fortnahmen. In den Jahren 1989-1990 kam es zu einer beispiellosen Intensivierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und einer Vielzahl bilateraler Abkommen. Der sowjetische Präsident mußte auf amerikanische Zugeständnisse auf wirtschaftlichen Gebieten warten. Erst auf dem Treffen von Malta (Anfang Dezember 1989) erreichte Gorbatschow eine Linienänderung des bis dahin zögerlichen Bush. Doch Moskaus Wirtschaftsblockade gegenüber Litauen im Frühjahr 1990 führte wieder zu einer kurzfristigen Verdüsterung.¹⁷ Trotz der negativen Empfehlungen des US-Kongresses wurde das bisher ausstehende Handelsabkommen beim Gipfeltreffen in Washington im Mai-Juni 1990 unterzeichnet. Zuvor hatte sich Gorbatschow prinzipiell mit der Alleinentscheidung des vereinigten Deutschland über dessen Zugehörigkeit zur NATO einverstanden erklärt. Bei der Begegnung Schewardnadses mit Bush im Dezember 1990 entschieden sich die USA endlich für die Gewährung einer staatlichen Kreditgarantie von einer Mrd. Dollar. Zu dieser Zeit war die Einordnung der sowjetischen Führung in die von den USA getragene Anti-Irak-Politik deutlich geworden, wenngleich Gorbatschow unter Hilfestellung von Primakow einen Ausweg suchte und sich der im Januar 1991 angelaufenen militärischen Intervention verweigerte. Die vor der Unterzeichnung des KSE-Vertrags in Paris am 19. November 1990 bekannt gewordenen Verletzungen der Vertragsbestimmungen deuteten jedoch auf weiteren Widerstand wieder selbstbewußterer Veto-Gruppen wie des Militärs und auf schwierige Abrüstungsverhandlungen. Dennoch unterzeichneten Gorbatschow und Bush noch im Juli 1991 das START I-Abkommen, welches eine Verschrottung von 30 Prozent der

¹⁵ Die Rede ist abgedruckt im Europa-Archiv, 4, 1984, S. D 109-114. Vgl. zu dem Lernprozeß bei R. Reagan: Erinnerungen. Berlin 1990, S. 62ff.

¹⁶ Tschernjajew in: W.C. Wohlforth (Hrsg.), a.a.O., S. 37.

¹⁷ O. Alexandrova: Sowjetisch-amerikanische Beziehungen: Neue Dynamik und neue Herausforderungen, BIOst (Hrsg.): Sowjetunion 1990/91. München-Wien 1991, S. 258-267.

Interkontinentalraketen während einer Periode von sieben Jahren vorsah. Andererseits ließen die Wende Gorbatschows in der Innenpolitik, seine Anpassung an die Traditionalisten, für die weiteren neunziger Jahre neuerliche Rivalitäten der Supermächte erwarten.

2.1.2 Europa

Nach dem Abbau der Mittelstreckenraketen und offensichtlich unter dem Einfluß wiederkehrender westeuropäischer Mahnungen, auch die konventionelle Überlegenheit zu eduzieren, erklärte sich Gorbatschow im Dezember 1988 vor den Vereinten Nationen bereit, die sowjetische Truppenstärke zu verringern. Nach dem Besuch der britischen Premierministerin Thatcher im März 1987 hatte Gorbatschow im Politbüro konstatiert, die Sorge vor der sowjetischen Bedrohung sei eine Realität. Man dürfe sich nicht länger damit betrügen, daß die "gesamte fortschrittliche Menschheit uns für eine Stütze des Friedens hält".¹⁸ Aber erst nach Zurückdrängung des Einflusses sowjetischer Militärs konnte Gorbatschow Ende 1988 die unilaterale Reduzierung sowjetischer Truppen um 500.000 Mann bis zum Jahre 1990, davon 50.000 in Europa, ankündigen. Darüber hinaus offerierte er eine einseitige Verringerung des Panzerbestands um zwanzig Prozent. Von der Tribüne der UN-Vollversammlung führte ein direkter Weg zu dem am 19. November 1990 in Paris unterzeichneten KSE-Vertrag, der der UdSSR wegen ihrer immer noch vorhandenen Überlegenheit weitere asymmetrische Kürzungen abverlangte. Die Truppenstärke beider Seiten in Mitteleuropa wurde auf 195.000 Mann festgeschrieben. Insgesamt stimmte der Warschauer Pakt einer Reduzierung um ca. 50, die NATO um 10 Prozent zu.¹⁹ Damit bestätigte Gorbatschow die Doktrin der hinlänglichen Verteidigung.

2.2 Das gemeinsame europäische Haus

Gorbatschows Europapolitik wurde von der Konzeption des "europäischen Hauses" bestimmt, einem Slogan, der auf Breschnews Besuch in Bonn 1981 zurückging, und dem Gorbatschow schon vor dem britischen Parlament im Dezember 1984 einen neuen, werbenden Unterton verliehen hatte.²⁰ Während seiner Frankreichvisite im Oktober 1985, der ersten Reise als Generalsekretär in ein westliches Land, und noch vor der Begegnung mit Reagan in Genf unterstrich er seine Auffassung, daß Europas Kooperation und Verbindungen vertieft werden müßten.²¹ Im April 1987 in Prag wie auch in seinem Buch "Perestrojka" warb er für eine einheitliche europäische Zivilisation, was nicht ohne antiamerikanische Untertöne gemeint war.²² Wollte Gorbatschow anfangs wie seine Vorgänger Westeuropa gegen die USA beeinflussen, so standen nach der Herstellung eines positiven Dialogs zu Washington die

¹⁸ Vgl. A. Černjaev: Ob"edinenie Germanii: političeskie mehanizmy i psichologičeskie stereotipy, Svobodnaja mysl', 8 (1465), August 1997, S. 28.

¹⁹ Vgl. M. Bowker: Russian Foreign Policy and the End of Cold War. Aldershot u.a. 1997, S. 75.

²⁰ M.S. Gorbačev: Izbrannye reči i stat'i, Bd 2, a.a.O., S. 114.

²¹ Ebenda, S. 441f.

²² Pravda, 11.4.1987. Vgl. auch M. Gorbatschow: Perestrojka. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt. München 1987, Kapitel 6.

Einbindung der UdSSR in westeuropäische Integrationsstrukturen und die wirtschaftliche Hilfe besonders von Seiten Deutschlands im Vordergrund. Den Rahmen sowjetischer Europapolitik bildeten die KSZE und gesamteuropäische Strukturen. Doch die Zielrichtung ging dahin, sich nach Westen zu öffnen.²³ Andererseits sollten die Westeuropäer als Partner für eine "umfassende Modernisierung des Landes" gewonnen werden.²⁴ Eine Schlüsselrolle sollte dabei die Europäische Gemeinschaft spielen, bei der Moskau im Februar 1989 erstmals einen Botschafter akkreditiert hatte.

Andererseits setzte die Politik des gemeinsamen europäischen Hauses voraus, daß die Sowjetunion jeder offenen Einmischung in Osteuropa und erst recht jeglicher Gewaltanwendung eine Absage erteilte. Von der geopolitischen Perzeption abgesehen, hatte Gorbatschow viele Gründe, Osteuropas Bedeutung herab- und die Westeuropas heraufzustufen. Das westliche Vorfeld der UdSSR war seit langem zu einer Bürde geworden. Gorbatschow wollte Osteuropa zwar nicht verlieren, aber von Anfang an die Beziehungen entdramatisieren.²⁵ Doch seine Politik blieb ambivalent. Er erinnert sich, bereits im März 1985 bei seinen Begegnungen am Rande des Begräbnisses für Tschernenko gemeinsam mit den Führern der sozialistischen Gemeinschaft eine Erklärung formuliert zu haben, die "eine Wende in unseren Beziehungen und die Aufgabe der sogenannten Breshnew-Doktrin" beinhalten sollte. Die veröffentlichten Dokumente und die Mitschrift des Treffens seitens der SED-Funktionäre weisen aber in die entgegengesetzte Richtung.²⁶ Bei anderen Gelegenheiten, etwa auf dem XXVII. Parteikongreß der KPdSU, dem X. Parteitag der PVAP 1986 und auf der Außerordentlichen RGW-Tagung im November des gleichen Jahres, stellte er stets die völlige Gleichheit aller sozialistischen Parteien und Staaten und deren "gemeinsame Verantwortung für die Sache des Sozialismus" als gleichwertig heraus.²⁷

Offensichtlich wollte er die kommunistischen Traditionalisten nicht destabilisieren, die Reformer jedoch vorsichtig ermuntern, dem sowjetischen Beispiel zu folgen. Hier wie andernorts war Stabilität, aber ebenso auch Vitalität gefragt. Die Sowjetführung ging schon seit einiger Zeit davon aus, die UdSSR sei nicht mehr in der Lage, wirtschaftlich irgendeiner Richtung

²³ Vgl. C. Meier: Die Weiterentwicklung der KSZE, in: W. Wagner u.a. (Hrsg.): Internationale Politik 1989 – 1990. München 1992, S. 137-148.

²⁴ So das Urteil von H. Timmermann: Öffnung nach Westen: Schwerpunkte sowjetischer Europapolitik, in: BIOst (Hrsg.): Sowjetunion 1990/91. München 1991, S. 268.

²⁵ Er war deshalb über den aggressiven Artikel von O. Vladimirov (d.i. Rachmanin), Pravda, 21.6.1985, S. 4-5, der die bisherigen Vorwürfe an Budapest und Ostberlin wiederholte, entsetzt und stellte den verantwortlichen ZK-Sekretär am 29. Juli zur Rede. Bei der Datumsangabe dürfte sich Tschernjajew um einen Monat irren. Vgl. A.S. Černjaev: Šest' let s Gorbačevym, a.a.O., S. 49f. Wenige Monate später ersetzte er Rachmanin durch Schachnasarow.

²⁶ Vgl. Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 839, auch A. Jakovlew im Datum unbestimmter, Pravda, 23.6.1990. Dagegen die veröffentlichte Erklärung, Pravda 14.3.1985, Neues Deutschland, 14.3.1985; SAPMO Barch DY 39/J IV2/2A/2739. In der Tat hatte Gorbatschow das Prinzip der "Freiheit der Wahl erstmals am 2. November am Rande seines Treffens mit Reagan in Genf formuliert. Vgl. M.S. Gorbačev: Izbrannye reči i stat'i, Bd. 3; a.a.O., S. 69f.

²⁷ Vgl. F. Oldenburg.: Die Perestrojka und ihre Konsequenzen für die Osteuropapolitik, in: BIOst (Hrsg.): Sowjetunion 1990/91, a.a.O., S.286ff.

Hilfe zu leisten. Militärischer Einsatz war nach den Erfahrungen von 1968 und 1981 ohnehin wenig aussichtsreich und durch das neue Denken nunmehr ausgeschlossen. Die Hoffnung, man könne die höher entwickelten Wirtschaften des RGW für die UdSSR nutzen, hatte sich sehr rasch als Illusion erwiesen. Von dieser mußten sich Gorbatschow und Ryshkow selbst im Falle der angeblich zehnten Wirtschaftsmacht der Erde, der DDR, lösen. So verlor Gorbatschow das Interesse an dem im Januar 1949 begründeten Wirtschaftsbündnis und setzte für den 1. Januar 1991 die Umstellung der Handelsüberschüsse auf Devisenbasis fest.

Auch die Bedeutung der militärischen Allianz war durch die geschlossenen oder sich abzeichnenden Ost-West-Übereinkünfte geschwunden. Mit der XIX. Parteikonferenz und den Struktur reformen des Parteiapparates kündigte die sowjetische Führung das "Ende der paternalistischen Beziehungen" (A. Kapto) an.²⁸ Osteuropa, konstitutiver Teil des äußeren Imperiums, aber immer auch Bestandteil einer erweiterten sowjetischen Innenpolitik, geriet an die Peripherie des sowjetischen Machterhaltungsinteresses – ein folgenschwerer Fehler aus geopolitischer Sicht, wie Gorbatschows Vorgänger wußten. Doch Gorbatschows Interesse an seinem Vorfeld war niemals überragend gewesen. Seine Ansprache vor den Vereinten Nationen im Dezember 1988 und der angekündigte Rückzug sowjetischer Truppenteile aus Osteuropa signalisierten nachhaltig die reduzierte strategische Rolle Osteuropas im Sicherheitskonzept Moskaus. Den Osteuropäern war freigestellt, unter der Führung der Kommunisten ein von der Sowjetunion weit abweichendes Herrschaftsmodell zu entwickeln – eine Chance, die die Ungarn Anfang 1989 und Polen noch dramatischer, nämlich mit einer nichtkommunistischen Regierung, im Sommer 1989 nutzten. Noch vor dem Straßburger Parlament im Juli 1989 hatte sich Gorbatschow für die Zweiteilung Europas, aber für die Überwindung seiner Trennung eingesetzt. Jakowlew dagegen soll schon 1987 überzeugt gewesen sein, daß allenfalls eine "Finnlandisierung" Osteuropas eine Chance hätte.²⁹ Doch die neuen nichtkommunistischen Regierungen suchten seit 1990/91 das sowjetisch dominierte Bündnissystem zu verlassen. Das Eingreifen sowjetischer Kräfte im Baltikum (Januar 1991) und Anzeichen einer innersowjetischen Verhärtung bereits seit November 1990 führten zu Forderungen nach Abzug der sowjetischen Truppen aus den osteuropäischen Ländern und zur allgemeinen Flucht aus dem Warschauer Pakt. Noch am 21. Januar 1991 hatte jedoch das ZK-Sekretariat eine Vorlage Falins gebilligt, die die geopolitische Strategie sowjetischer Osteuropapolitik auf eine neue Basis stellen sollten. Es sollte verhindert werden, daß Osteuropa eine "Quelle des Antisowjetismus" oder gar ein Katalysator des "nationalen Separatismus und zentrifugaler Tendenzen" in der Sowjetunion würde. Osteuropa sollte von "ausländischen Basen und fremden militärischen Kräften frei bleiben". Der erste Stellvertretende ZK-Abteilungsleiter Mussatow bot nach wie vor Osteuropa den "Typ sowjetisch-finnischer Beziehungen" an.³⁰ Nach dem Zerfall der UdSSR mußten jedoch alle russischen Hoffnungen solcher Art wie

²⁸ Die Rede Gorbatschows ist auch abgedruckt, *Pravda*, 29.6.1988.

²⁹ J. Steel: *Eternal Russia: Yeltsin, Gorbachev, and the Mirage of Democracy*. Cambridge, Mass., 1994, S. 177. Vgl. J. Hough, op. cit., S. 207.

³⁰ Postanovlenie Sekretariata CK KPSS vom 22. 1.1991; S. 12; vgl. auch *Izvestija CK KPSS*, 3, 1991, S. 13-17; V.L. Musatov, *Pravda* 13.3. und 17.4.1991.

Luftblasen platzen. Es war voraussehbar, daß die osteuropäischen Staaten sich kategorisch von Moskau abzusetzen wünschten.

Entscheidend für den Zusammenbruch kommunistischer Herrschaft und aller Finnlandisierungsträume sollten jedoch Entwicklungen in der DDR, im "Vorposten des Sozialismus", werden.³¹ Gorbatschow hatte diese nicht direkt angestoßen, jedoch die Rahmenbedingungen durch die Akzeptanz von Reformen in Warschau und Budapest geschaffen. Auslöser einer tiefgreifenden Destabilisierung des kommunistisch beherrschten Osteuropa war die ungarische Grenzöffnung für DDR-Bürger in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989. Dieser hatte Gorbatschow ausdrücklich nicht widersprochen.³² Auch die Öffnung der Berliner Mauer, die 28 Jahre den Zusammenbruch der DDR verhindert hatte, nahm Gorbatschow ohne Murren hin.³³ Zwar schien er weiterhin auf die Reformierbarkeit des Sozialismus in der DDR und die Anbindung Osteuropas zu hoffen, doch die Entwicklungen in Ostberlin und anderen osteuropäischen Hauptstädten belehrten ihn bald eines Besseren. Ende Januar 1990 fand er sich bereits mit dem völligen Truppenabzug aus Ostdeutschland ab und stellte ab 10. Februar die innere Organisation der Einheit Deutschlands weitgehend in das Belieben der Deutschen selbst. Die endgültige Zustimmung zum NATO-Einschluß des vereinten Deutschland erfolgte erst nach längerem Widerstreben beim Treffen Gorbatschows mit Bundeskanzler Kohl Mitte Juli 1990 im Kaukasus. Sie zeigte an, wie sehr sich das ideologisierte Verständnis Moskaus von der westlichen Allianz verändert hatte, aber auch wohl, wie sehr die Reformer von westlicher Unterstützung abhängig geworden waren.³⁴ Hier, wie bei den Verhandlungen zum Zwei-plus-Vier-Vertrag, war die Ausdehnung der NATO nach Osten ausweislich der öffentlich bekannten Dokumente und Memoiren nicht ausdrücklich untersagt.³⁵ Nach dem Zeugnis Falins habe Gorbatschow allerdings während seiner gesamten Amtszeit die Intention gehabt, den Einfluß der militärisch übermächtigen USA zumindest zu begrenzen und von Washington geführte Allianz zu zerstören.³⁶

³¹ Gorbatschow übernimmt diese Formulierung in einer Zwischenüberschrift des Kapitel 37 seiner Erinnerungen, a.a.O., S. 928.

³² Vgl. H. Kohl: Ich wollte Deutschlands Einheit. Berlin 1996, S. 22ff.

³³ Vgl. H.-H. Hertle: Der Fall der Mauer. Opladen 1996.

³⁴ Vgl. R. Biermann: Zwischen Kreml und Kanzleramt. Paderborn 1997; B. Meissner: Die äußere Seite der Wiedervereinigung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen, das zweiseitige Vertragswerk von 1990 und seine Bedeutung für das deutsch-russische Verhältnis, in: J. Burrmeister (Hrsg.): Verfassungsstaatlichkeit. München 1997, S. 1423-1466; F. Oldenburg: Sowjetische Deutschlandpolitik und die Lösung der deutschen Frage, Osteuropa, 41, 8, 1991, S. 751-773; G. Wettig: Die sowjetische Rolle beim Umsturz in der DDR und bei der Einleitung des deutschen Einigungsprozesses, in: J. Elwert, M. Salewski (Hrsg.): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart 1993, S. 39-63; P. Zelikow; C. Rice: Germany Unified and Europe Transformed Cambridge, Mass, London 1995.

³⁵ Vgl. Fred Oldenburg: Deutsche Einheit und Öffnung der NATO. Berichte des BIOst, Köln, 52, 1996.

³⁶ So die überraschende Interpretation Falins nach Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages gegenüber einem hochrangigen Vertreter der PDS. Vgl. PDS-Partivorstand/Archiv: Einige Gedanken Falins zum Prozeß der deutschen Wiedervereinigung vom 15. September 1990, S. 1.

2.3 *Politik gegenüber der Dritten Welt*

Hinsichtlich der Beziehungen zu dieser Region waren Gorbatschow und Schewardnadse keineswegs so erfolglos, wie es ansonsten aus der Retrospektive erscheinen mag. Immerhin wurden in den Jahren nach 1985 mit einer Reihe von Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen oder reaktiviert, etwa mit der Golfregion, mit Ägypten, Israel und Chile.

Bezüglich der Strategie gegenüber einer Vielzahl von Staaten der Dritten Welt zeigte sich allerdings unter Gorbatschow eine wichtige Veränderung. Sie zeichnete sich durch zunehmende Mitwirkung bei der Lösung regionaler Konflikte und den sukzessiven Verzicht auf militärisches Instrumentarium aus. Die Beilegung militärischer Machtproben und die Mitwirkung am Krisenmanagement, zum Teil auch im Rahmen der von der UdSSR-Diplomatie deutlich aufgewerteten Vereinten Nationen, gehörten zu den wichtigen Voraussetzungen für die Beendigung des Kalten Krieges.³⁷ Nicht zuletzt stand seit den Zeiten Chruschtschows die bisherige Dritte-Welt-Politik einer wirklichen Kooperation und Entspannung mit der anderen Weltmacht im Wege. Doch Gorbatschow wollte auch hier die Weltpolitik keineswegs den USA kampflos überlassen. Vielmehr war er zur Erkenntnis gekommen, die Strategie seiner Vorgänger habe als Folge ideologischer Fehltritte Moskau oftmals die falschen Verbündeten beschert, und die Militarisierung regionaler Konflikte belaste den sowjetischen Haushalt in unzulässigem Maße.

2.3.1 *Asien*

Herausragendes Kennzeichen für die Suche nach einer neuen Rolle der UdSSR in den Staaten der Dritten Welt war im Februar 1989 der Rückzug aus Afghanistan auf der Grundlage des Genfer Übereinkommens von 1988.³⁸ Doch auch hier hörte die machtpolitische Rivalität keineswegs vor dem Ende der UdSSR völlig auf. Moskau investierte noch 1990, d.h. auch nach dem militärischen Rückzug, 300 Millionen Dollar monatlich, um das Najibullah-Regime gegen die Mujahedin, die von den USA, Saudi-Arabien und Pakistan unterstützt wurden, an der Macht zu halten.

Wie seine Vorgänger suchte Gorbatschow besonders intensive Beziehungen mit Indien zu pflegen.³⁹ Sein Besuch in Neu Delhi im November 1986, der erste in einem Drittwelt-Staat überhaupt, und sein enges Verhältnis zu Rajiv Gandhi dürften dafür Zeugnis ablegen. Obwohl er bei seiner zweiten Visite im November 1988 die Mithilfe bei der Errichtung eines 2.000 Megawatt produzierenden nuklearen Kraftwerks sowie die Fortsetzung der Lieferung

³⁷ Vgl. K. Fritsche: Abnehmender Einfluß in der Dritten Welt, in: BIOst (Hrsg.): Sowjetunion 1990/91, a.a.O., S. 319-327; O. Alexandrova, U. Halbach, G. Will: Krisenmanagement in der Dritten Welt, ebenda., S. 328-337.

³⁸ M. Sapper: Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Münster-Hamburg 1994.

³⁹ Vgl. Gorbatschow, Erinnerungen, a.a.O., S. 664-671.

militärischer Hochtechnologie zusicherte, erzielte er keinen neuerlichen Ausbau sowjetischen Einflusses in dieser Region.⁴⁰

Im asiatisch-pazifischen Raum gelang es Gorbatschow, bessere Ergebnisse aus den Konsequenzen der Machtverschiebung zugunsten dieser Region zu ziehen. Mit seiner Initiative eines Gesamtasiatischen Forums vom Mai 1985 und der Rede von Wladiwostok vom Juli 1986 beabsichtigte er, den Gedanken eines Ausgleichs mit China und nach Möglichkeit auch mit Japan sowie den kleinen "Tigerstaaten" auf den Weg zu bringen. Doch nur im Falle Chinas kam es zu einem wirklichen Durchbruch, der durch den Besuch Gorbatschows im Mai 1989 in Peking gekrönt war. Zwei Besuche von Schewardnadse und Verteidigungsminister Jasow machten den Weg frei für einen sowjetisch-chinesischen Grenzvertrag, der am 15. Mai 1991 unterzeichnet wurde. Doch Voraussetzung für die vorherige Begegnung auf höchster Ebene, die erste nach dreißig Jahren, war der sowjetische Rückzug aus Afghanistan und die Mitwirkung Moskaus bei der Lösung des Kamputschea-Konfliktes, sowie die sukzessive Reduzierung sowjetischer Hilfe für das Regime in Hanoi. Intensiver sowjetischer Druck führte dazu, daß Hanoi Ende September 1989 sämtliche sowjetischen Truppen aus Kamputschea abgezogen hatte. Die Entscheidung Gorbatschows, den Außenhandel mit Vietnam ab Januar 1991 auf Dollarbasis abzuwickeln, führte zu einer deutlichen Entfremdung Hanois. Wenig erfolgreich verliefen die Beziehungen zu Japan, wo Schewardnadse im Januar 1986, Dezember 1988 und September 1990 als Türöffner für den Gorbatschow-Besuch im April 1991 wirkte. Doch Gorbatschow war zu dieser Zeit weder willens noch politisch imstande, die von Tokio geforderte Konzession – die Rückgabe der Kurilen-Inseln – zu gewähren. Dagegen kam es zu einer gewissen Annäherung mit Südkorea, als die UdSSR an den Olympischen Spielen in Seoul 1988 teilnahm, Gorbatschow sich 1990 in San Francisco mit Präsident Roh Tae Woo traf und am 30. September 1990 diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und Südkorea aufgenommen wurden.⁴¹

Gorbatschows Versuch, sowjetischen Einfluß aufrechtzuerhalten, war auch im Nahen Osten spürbar. Im Oktober 1986 hatte er sowjetische Präsenz in der Golfregion eingefordert und sich besonders für das bedrohte Kuwait engagiert. Zu diesem Staat hatten seit 1963 diplomatische Beziehungen bestanden. Im Herbst 1985 nahm die UdSSR auch diplomatische Beziehungen zu den Arabischen Emiraten und Oman auf, Katar folgte 1988. Saudi-Arabien reaktivierte seine Beziehungen zu Moskau, die seit 1983 eingefroren waren, und Moskau wurde in dieser Region ein voll ausgestatteter diplomatischer Akteur, als Bahrain den Saudis Ende der achtziger Jahre mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen folgte. Wie seine Vorgänger unterstützte Gorbatschow die Volksrepublik Jemen. Doch die Vereinigung von Nord- und Südjemen beendete diese Periode. Moskau suchte unter Gorbatschow auf der arabischen Halbinsel ohnehin weniger militärische Präsenz und Instabilität zu fördern, sondern war am vorwiegend am Status quo interessiert.

⁴⁰ So das Urteil von N. N. Petro; A.Z. Rubinstein: *Russian Foreign Policy: From Empire to Nation State*. New York u.a. 1997, S. 222.

⁴¹ Zur Charakterisierung des ehemaligen südkoreanischen Präsidenten und zum Treffen in San Francisco, vgl. Gorbatschow: *Erinnerungen*, a.a.O., S. 814f.

Allerdings war Moskaus Engagement für den Iran seit Februar 1986 kaum zu übersehen. Trotz Pro-PLO-Bindungen in Moskau unternahm die sowjetische Diplomatie besondere Anstrengungen, um die Beziehungen zu Israel zu reanimieren. Auch zu Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien wurde das Verhältnis auf eine neue Grundlage gestellt. Erste Signale gegenüber Tel Aviv erfolgten seit 1986. Im Juli 1987 traf zum erstenmal seit zwanzig Jahren eine sowjetische Delegation in Tel Aviv ein, und 1988 erlaubte UdSSR eine konsularische Nutzung des israelischen Botschaftsgebäudes in Moskau und normalisierte schließlich im Oktober 1991 die Beziehungen. Unter Gorbatschow stieg auch die Zahl jüdischer Emigranten aus der UdSSR von 914 im Jahre 1986 auf über 200.000 im Jahre 1990 an. Allerdings versagte Gorbatschow auch dem am 15. November 1988 in Algier begründeten Palästinensischen Nationalrat Arafats nicht die gewünschte Anerkennung. Diese wurde aber erst im Januar 1990 durch die Eröffnung einer PLO-Botschaft auf die höchste diplomatische Ebene gehoben. Gorbatschow spielte auch eine vermittelnde Rolle bei der damaligen Einigung zwischen den Fraktionen der PLO und begrüßte die Absage Arafats an den Terrorismus vom Winter 1988.⁴²

Mit Ägypten wurden die Beziehungen bereits 1985 normalisiert, als Mubarak dem sowjetischen Botschafter nach fünf Jahren wieder die Amtsaufnahme in Kairo erlaubte. Im Februar 1987 wurden die ägyptischen Verbindlichkeiten umgeschuldet und nach einer Visite Schewardnadses in Kairo im April 1989 stimmte Moskau einem langfristigen Kredit für Kraftwerksprojekte auf der Sinai-Halbinsel zu.

Der Golfkrieg von Anfang 1991 zeigte an, wie weit Gorbatschow bereit war, seine ehemaligen Klientelstaaten fallen zu lassen und die amerikanische Führerschaft zumindest in dieser Region anzuerkennen. Er zeigte aber auch die Grenzen der Kooperation auf. Tatsächlich unternahm die sowjetische Diplomatie, und hier besonders der Sonderbevollmächtigte Primakow, alles, um Saddam Hussein mit politischen Mitteln zum Rückzug aus Kuwait zu bewegen und somit das von den Vereinten Nationen für den 15. Januar 1991 terminierte Ultimatum nicht folgenreich wirksam werden zu lassen. Die Kündigung von zuvor vereinbarten Lieferungen militärischen Geräts erfolgte unmittelbar nach dem irakischen Überfall auf Kuwait. Als Mitglieder des UN-Sicherheitsrates verurteilten u.a. sowohl die UdSSR als auch die USA das irakische Vorgehen. Die UdSSR stimmte Ende November dem UN-Ultimatum ausdrücklich zu. Allerdings beteiligte sich Moskau nicht an den von den USA geführten militärischen Operationen, gab aber Hussein die Schuld an ihrer Durchführung. Zwar geriet die Anti-Hussein-Koalition durch den verfrühten Friedensplan Gorbatschows Mitte Februar in Turbulenzen, aber selbst die amerikanisch geführte Bodenoffensive Ende Februar 1991 konnte das Verhältnis Moskau-Washington nicht wirklich trüben. Nach der Niederlage Bagdads pries der Nachfolger Schewardnadses die Befreiung Kuwaits als Triumph der Völkergemeinschaft.⁴³

⁴² Vgl. M. Bowker, a.a.O., S. 120ff.

⁴³ Vgl. G. Unser: Aufwertung der Vereinten Nationen, in: BIOst (Hrsg.) Sowjetunion 1990/91, München 1991, S. 310-319, hier bes. S. 318.

2.3.2 Lateinamerika

Die kompromißbereite Position der UdSSR zeigte sich besonders in der unmittelbaren Interessensphäre der USA, in Lateinamerika. Hier führte das neue Denken u.a. dazu, daß der Kreml zu verstehen gab, man erkenne sowjetischerseits die Washingtoner Interessen in Mittelamerika als legitim an.⁴⁴

Zu Beginn der Amtsperiode Gorbatschows wurde jedoch die sowjetische Unterstützung für diese Region sogar erhöht. So stieg die militärische Hilfe für das revolutionäre Nicaragua von 12 Millionen Dollar der Jahre 1979/80 auf 600 Mio. Dollar im Jahre 1986 an. Allerdings bestand die sowjetische Seite darauf, Hilfe nur für die Defensive der Sandinistas zu gewähren. Das sowjetische Verteidigungsministerium verweigerte, mit Blick auf Washington, Managua selbst die geforderten MIG-Kampffäger. Moskaus Diplomatie unterstützte auch den Plan des costaricanischen Präsidenten Arias von 1987, dessen Ziel es war, den Konflikt regional zu begrenzen und äußere militärische Hilfe zu stoppen. Als Reagan durch die "Irangate"-Affäre geschwächt und der Sieg der Contras immer unwahrscheinlicher wurde, ging die Initiative in diesem Konflikt immer mehr auf die Vereinten Nationen und die Organisation Amerikanischer Staaten über. Gorbatschow war jedoch seinerseits bereit, die verfahrenere Situation in Nicaragua und El Salvador nicht länger für sowjetische Machtpolitik auszunutzen. In einem Schreiben vom Mai 1989, kurz vor der Abreise Bakers aus Moskau, versicherte der Generalsekretär: Um eine friedliche Regelung des Konflikts zu ermöglichen und dem Fakt Rechnung tragend, daß die Contra-Truppen ihre Attacken gegen Nicaragua eingestellt haben, habe die UdSSR seit 1988 keine Waffen nach Nicaragua mehr gesandt.⁴⁵ Anfang Dezember 1989, auf der *Maxim Gorkij* vor der Küste von La Valetta, widersprach Gorbatschow offensichtlich auch nicht den Vorstellungen des US-Präsidenten Bush über die Lösung des Nicaragua-Konflikts.⁴⁶ Die sowjetische Führung übte sogar Druck auf die Sandinisten aus, freien Wahlen zuzustimmen, die, entgegen manchen Erwartungen, der linke Präsident Ortega verlor. Der gefundene Kompromiß ermutigte die marxistische FMLN und die Regierungskräfte im Januar 1991, einen Waffenstillstand zu schließen.

Auch die Beziehungen Moskaus zu Havanna kühlten ab, nachdem der sowjetische Generalsekretär immer mehr den Ausgleich mit den USA anstrebte. Wesentlich trug dazu einmal mehr die besonders von Schewardnadse betriebene Ökonomisierung der sowjetischen Weltmacht-politik bei. Immerhin soll die sowjetische Hilfe für Kuba in den achtziger Jahren zwischen vier und fünf Mrd. Dollar betragen haben. Gorbatschow versprach für die letzten achtziger Jahre weitere drei Mrd. Dollar an Subsidien zu gewähren, um das Land vor dem Kollaps zu

⁴⁴ Pravda, 22.4. u. 6.6.1989.

⁴⁵ Zitiert nach D. Oberndorfer: *The Turn: From the Cold War to a New Era*. New York u.a. 1991, S. 441. Das State Department hatte nichtsdestoweniger die militärische Unterstützung für Nicaragua und die marxistischen Insurgenten in El Salvador im Jahre 1988 auf 515 Mio. Dollar geschätzt. Vgl. Oberndorfer, ebenda, S. 440. Zum Gespräch Gorbatschows mit Baker am 11. Mai 1989, vgl. M.S. Gorbatschow: *Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit*. Berlin 1993, S. 75-92.

⁴⁶ Leider ist das Gesprächsprotokoll Gorbatschows über das Gespräch zwischen ihm und Bush zu diesem Problem völlig unzureichend. Vgl. Gespräch mit Bush am 2. und 3. Dezember 1989, ebenda, S. 93-129.

bewahren.⁴⁷ Doch bereits 1986 wurden die Ankäufe kubanischen Zuckers und sowjetische Gegenlieferungen von Öl reduziert. Mit dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit von 1989 zeigte Gorbatschow noch einmal Flagge. Der Zusammenbruch des RGW blieb nicht ohne Konsequenzen für das erste marxistische Experiment in Lateinamerika. Schließlich waren ca. 45 Prozent des kubanischen Handels mit dem sowjetischen Wirtschaftsblock abgewickelt worden. Noch im April 1990 erklärte der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Abalkin Castro, Kubas Schuldendienst müsse ab 1995 in Dollar erfolgen.⁴⁸ Unmittelbar vor dem Ende der UdSSR kündigte die sowjetische Führung an, sie müsse ihre Subventionen für Kuba einstellen. Wie aus Osteuropa, wurden auch dort die sowjetischen Truppen abgezogen.

2.3.3 Afrika

Gorbatschows Enttäuschung über die Kosten der Moskauer Politik gegenüber der Dritten Welt war besonders in Afrika spürbar. Hier suchte er beispielsweise Menghistu zu einem Nachgeben im Konflikt der äthiopischen Ethnien zu bewegen und zwang ihn, seine Umsiedlungspolitik aufzugeben. Er verstärkte die sowjetischen Beziehungen zu Mogadischu und unterstützte das Übereinkommen zwischen Somalia und Äthiopien, welches im April 1988 unterzeichnet wurde. Er übte auch Druck auf Angola, die SWAPO und Kuba aus, um den innerangolanischen Konflikt zu entschärfen. Namibia wurde im April 1989 unabhängig, und Castro mußte seine Truppen von Angola zurückziehen. Andererseits suchte die sowjetische Diplomatie in prowestlichen Staaten wie Kenia, Nigeria und der Elfenbeinküste Fuß zu fassen. Bezüglich der Staaten sozialistischer Orientierung auf dem schwarzen Kontinent wie Kongo-Brazzaville, Moçambique und Simbabwe sandte Moskau während der Gorbatschow-Ära sogar kontinuierlich Waffen und vermutlich auch Berater. Allerdings war es nicht in der Lage, mit der westlichen Gegenassistentz Schritt zu halten.⁴⁹

Die Krise der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft führte dazu, daß Moskau schließlich nicht mehr auch nur annähernd in der Lage war, selbst gegenüber engsten Verbündeten die früher gewährte Unterstützung fortzusetzen. Die Einsicht, daß es der Sowjetunion nicht gelungen war, mit ihrer vorwiegend auf Militär beruhenden Politik wirklich dauerhaften Einfluß zu gewinnen, sondern vielmehr die daraus resultierende Isolierung von bedeutenden Ländern der Dritten Welt, besonders Asiens, hinnehmen mußte, begleitete das Desengagement. Zudem erwiesen sich gerade die sozialistischen Länder sowie die Staaten sozialistischer Orientierung als Fässer ohne Boden. Aus Sicht einer neuen Realpolitik erwiesen sie sich als kontraproduktiv, kam es doch jetzt darauf an, die nationalen Interessen der Sowjetunion neu zu definieren.

⁴⁷ Vgl. die Angaben bei R. W. Duncan: Cuban-Soviet Relations: Directions of Influence, in: E. A. Kolodziej, R. E. Kanet (Hrsg.): The Limits of Soviet Power in the Developing World. London 1989, S: 74f.

⁴⁸ Vgl. zu den Einzelheiten des Castro-Abalkin-Treffens die Mitteilungen eines Kubanischen Flüchtlings, abgedruckt in: New York Times, 13.9.1990.

⁴⁹ Petro; Rubinstein, a.a.O., S. 227.

3. Analyseebenen

3.1 *Die neue außenpolitische Ideologie und die Logik des Internationalen Systems*

Die vor Gorbatschow geltende sowjetische Theorie der internationalen Beziehungen ging von "Klassen" als den entscheidenden Akteuren aus. Die Realität sowjetischer Außenpolitik seit 1921 (Handelsabkommen mit Großbritannien und Vertrag von Rapallo 1922 mit Deutschland) folgte jedoch bereits von Anbeginn des sozialistischen Rußland den "nationalen" Interessen der herrschenden Klasse und führte zu einer merkwürdigen Ambivalenz von revolutionärer Theorie und staatlicher Praxis. Gorbatschow wollte diesem Dilemma ein Ende machen, die außenpolitischen Verhaltensregeln und das internationale System radikal ändern, um das Überleben der Sowjetunion und des Sozialismus zu sichern. Manches war eine Frage der Definition, anderes der Interpretation. Doch im Lande der angewandten Säkularreligion mußte der Praxis einer radikal veränderten Realpolitik eine theoretische Konzeptbildung vorangehen.

Das "neue Denken" wurde jedoch vorbereitet durch differenzierte, oftmals nur für die Parteilührung bestimmte Analysen.⁵⁰ Sie wurden vor allem von beherzten Mitarbeitern der Regionalinstitute in Einzelfällen bereits in den siebziger und anfangs der achtziger Jahre gefertigt. Hinweise auf die Gefahren der Militarisierung von Außenpolitik allgemein, die Priorität der Entspannung, die aufzuwertende Rolle der sozialistischen Gefolgsstaaten der UdSSR, negativer Konsequenzen der vorrangigen Unterstützung für Staaten "sozialistischer Orientierung" in der Dritten Welt wurden von hochrangigen Wissenschaftlern der Institute der Akademie der Wissenschaft in Publikationen angedeutet.⁵¹

Eine andere Position vertraten offensichtlich wichtige Repräsentanten des Militärs. Im Mai 1984 hatte Generalstabschef Ogarkow noch gewarnt, die Sowjetunion liege in der Entwicklung neuer Militärtechnologien weit zurück und müsse die notwendigen Kriegsführungsmittel erhalten.⁵² Der Marschall hatte zuvor im Auftrage der sowjetischen Führung die Angriffsfähigkeit der UdSSR angesichts der in Moskau empfundenen Bedrohung durch die USA auf den Kriegsschauplätzen reorganisiert. Vieles deutete auf eine weitere Drehung der Spirale des Wettrüstens hin. Schon im September 1984 war Ogarkow jedoch seines Postens enthoben worden. Jede politische Führung in Moskau hätte sich vermutlich dem Ansinnen der Militärs entziehen müssen. Nur wenige aber begriffen wie Gorbatschow, daß der Wert militärischer Stärke immer irrelevanter, derjenige der Wirtschaft und der Kultur im weitesten Sinne für die Stellung einer Großmacht immer wichtiger wurde. Allerdings war aus sowjetischer Sicht ein Verzicht auf militärische Konfrontation auch zwingend notwendig, hätte Gegenteiliges die Wirtschaft weiter auf Talfahrt gehen lassen, eine vorrangige Kooperation mit den USA und den Bau des europäischen Hauses (ursprünglich Breshnews

⁵⁰ Im Westen bekannt wurden in letzter Zeit besonders die Arbeiten von Daschitschew, die für Andropow bestimmt waren und die Strategien der sowjetischen realistischen Denkschule in Frage stellten.

⁵¹ Vgl. P. Shearman: New political thinking reassessed, *Review of International Studies* 19, 2, 1993 S. 139-158; G. Wettig: Basic Concepts of Gorbachev's New Thinking. *Berichte des BIOst*, 3, 1991.

⁵² Vgl. *Krasnaja zvezda*, 9.5.1984, S. 1.

Formulierung) für lange Zeit unmöglich gemacht sowie die Aussichten für Reform und Transformation der UdSSR gegen Null tendieren lassen.⁵³

Erst sukzessive verstand der neue erste Mann, daß es sich tatsächlich nicht nur um eine Krise der Wirtschaft, sondern um eine Krise des gesamten politischen Systems und aller seiner Subsysteme handelte. In der Phase der Spannungsverminderung unter Breshnew nach 1969 war es nicht gelungen, die bisherigen Denkformen ideologisch motivierter Geopolitik zurückzudrängen. Durch außenpolitische Erfolge verfestigten sich die sowjetischen dichotomischen Denkmuster bis Mitte der siebziger Jahre sogar noch weiter. Klischees hinsichtlich der objektiven Verschiebung der "Korrelation der Kräfte" zugunsten des Sozialismus und internationales Klassenkampfdenken (mit der UdSSR als unstrittiger Speerspitze des einen Lagers und den USA als der des anderen) lassen sich noch im revidierten Programm der KPdSU vom Frühjahr 1986 nachweisen. Dem ideologischen Stichwortgeber Jakowlew entsprechend, sollte die Welt nicht mehr vorwiegend durch das Prisma des Supermachtkonflikts analysiert werden. Vielmehr forderte er – besonders anfangs – die Nutzung von "Widersprüchen" zwischen verschiedenen westlichen Machtzentren und die Auflösung der bipolaren Welt.⁵⁴ Er sollte sich als einer der heftigsten "zapadniki" ("Westler") in der Umgebung Gorbatschows erweisen.

In der Tat war nicht zu verkennen, daß die Perestrojka zwar erneut nur durch eine zweite, diesmal echte Ost-West-Entspannung mit wirtschaftlicher Hilfe Westeuropas gestützt werden konnte, daß aber der Grundkonflikt der damaligen Epoche zwischen den Supermächten bestand, die "Parität plus" beanspruchten. Um diesen die Kräfte der Sowjetunion übersteigenden Konflikt abzuschwächen, mußte sukzessive eine neue außenpolitische Doktrin geboren werden, die auf der Folie von a-priori-Setzungen und politischer Praxis eine De-Ideologisierung, besser: Neo-Ideologisierung sowjetischer Außenbeziehungen begründen konnte. Immerhin hatte Gorbatschow schon 1986 formuliert, Sicherheit könne es im nuklearen Zeitalter nur gegenseitig und nur unter Absage an den Grundsatz militärischer Überlegenheit geben. Bereits im Politischen Bericht des Generalsekretärs an den XXVII. Parteikongreß wurde erstmals der Grundsatz einer "vernünftigen Hinlänglichkeit" von Verteidigung formuliert, der im Mai 1987 zu einer in Ost-Berlin vom Warschauer Pakt formell verabschiedeten neuen Militärdoktrin führte. Gorbatschow hatte auch auf dem XXVII. Parteitag die durch die USA angeblich herbeigeführte Verwicklung in den Afghanistan-Konflikt als "blutende Wunde" gekennzeichnet und somit angedeutet, daß die aus der Breshnew-Doktrin rührende Verantwortung für die Intervention im Nachbarland einer Korrektur bedürfe.⁵⁵ Im Mai 1986 setzte sich Gorbatschow auf einer Konferenz des MfAA für die stärkere Einbeziehung in die internationale Arbeitsteilung und für eine Ökonomisierung der Sicherheitspolitik aus. Man

⁵³ Vgl. zur Wende der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen M.S. Gorbatschow: *Erinnerungen*. Berlin 1995, Kapitel 19, S. 577 ff. Siehe auch Petro; Rubinstein, a.a.O., S. 183f.

⁵⁴ A. Jakovlev: *Imperializm: soperničestvo i protivorečija*, Pravda, 23.3.1994, S. 3.

⁵⁵ M.S. Gorbačev: *Izbrannye reči i stat'i*, Bd. 3, a.a.O., S. 243ff.

müsse lernen, "für militärische Zwecke nicht mehr als notwendig auszugeben".⁵⁶ Vor einem staunenden Publikum führte Gorbatschow auf einem internationalen Forum am 16. Februar 1987 aus, Lenin habe einst den "tiefgründigen Gedanken geäußert, daß die gesellschaftlichen Entwicklungsinteressen, die allgemeinen menschlichen Werte den Vorrang vor den Interessen einer bestimmten Klasse haben".⁵⁷ Diese These solle im Raketen- und Nuklearzeitalter auch "im anderen Teil der Welt verstanden und akzeptiert werden". Gorbatschow benutzte danach mehrfach die These von den "allgemeinmenschlichen Werten" als Begründung seiner neuen Außenpolitik, was weit über die damals angezielte Historisierung des sowjetischen Staatsgründers hinausging.⁵⁸ Manche sehen daher das wichtigste Element des neuen Denkens in einem humanistischen Universalismus.⁵⁹ Das scheint nun doch ein wenig übertrieben. Allerdings ersetzte Gorbatschow die bisher gültige Generallinie des von der UdSSR betriebenen aggressiven Selbsthilfesystems und schuf damit neue Regeln zur Austragung des Ost-West-Konflikts.

In einem grandiosen Auftritt vor den Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988 bekannte sich Gorbatschow zur Anerkennung ungeteilter Völkerrechtsnormen sowie zur "Freiheit der Wahl" des Gesellschaftssystems.⁶⁰ Zuvor, so noch auf der 19. Parteikonferenz, konnte dieses Prinzip nur auf die Dritte Welt oder auf Staaten außerhalb der sowjetgeführten sozialistischen Gemeinschaft bezogen werden. Nun ließ es die Hoffnung aufkommen, die Sowjetunion akzeptiere tatsächlich die "Freiheit der Wahl (als) universelles Prinzip, und dafür gebe es keine Ausnahmen".⁶¹ Allerdings mögen seinerzeit die meisten sowjetischen Führer damit nach wie vor die Freiheit der sozialistischen Wahl verstanden haben. Doch war damit nicht mehr wie bisher, vor der Öffentlichkeit versteckt, sondern implizit und offen eine Absage an die Breshnew-Doktrin deklariert worden. Man wird allerdings davon ausgehen müssen, daß Gorbatschow immer noch von der "Einheit in der Vielfalt" des Bündnisses ausging, daß er aber zugleich die Verantwortung den einheimischen Kommunisten zuwies. Da er möglicherweise bereits Ende 1986 auf die innenpolitische Feinsteuerung von Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten verzichtete, verlor die sowjetische Führung die Kontrolle über

⁵⁶ Rede Gorbatschows vor dem Führungskollektiv des Außenministeriums der UdSSR am 23. Mai 1986, in: Vestnik MID, 1, vom 5.8.1987. Vgl. auch J. Kwizinski: Vor dem Sturm. Berlin 1993, S. 404.

⁵⁷ M.S. Gorbačev: Rede vor dem Internationalen Forum 'Für eine Nuklearfreie Welt, für das Überleben der Menschheit', in: Izbrannye reči i stat'i, a.a.O., Bd. 4, S. 376-392; vgl. auch J. Ždanov, Klassovoe i obščelovečeskoe i jadernyj vek, Pravda, 6.3.1987. Die Historisierung Lenins und die Uminterpretation leninscher Kernauffassungen war eine Voraussetzung des Abwerfens totalitär-aggressiver Außenpolitik. Zugleich mußte sich Gorbatschow bis zu Beginn der neunziger Jahre auf den Staatsgründer der UdSSR berufen. Vgl. hierzu W. Berner; H. Dahm: "Neues Denken" in der Außenpolitik der UdSSR. Berichte des BIOst, 47, 1987.

⁵⁸ M.S. Gorbačev: Rede vor der XIX. Parteikonferenz. Stenograf. Protokoll in 2. Bänden. Moskau 1988, insbes. S. 40-45; sowie Vystuplenie M.S. Gorbačeva v Organizacii Ob"edinennyh Nacij, Pravda, 8.12.1988, S. 1f.

⁵⁹ Brown, op. cit., S. 221.

⁶⁰ Pravda, 8.12.1988, S. 1f; zur eigenen Analyse dieser Rede vgl. M.S. Gorbatschow: Erinnerungen, op. cit., S. 683ff.

⁶¹ Rede Gorbatschows vor den UN, a.a.O.

die Reaktionen der bisher hegemonial dominierten Parteiführungen und bereitete ungewollt den Boden für die späteren Implosionen kommunistischer Herrschaft vor.⁶² Entweder begriff der Generalsekretär das Dilemma mangelnder kommunistischer Legitimation und Systemperformanz nicht – wofür vieles spricht – und/oder er war seit längerem zur Auffassung gekommen, daß die UdSSR die Bürde der Hegemonie in Osteuropa nicht mehr tragen könne.

Faßt man die Elemente des neuen Denkens summarisch zusammen, so enthalten diese:

- Interdependenz der Staatenwelt,
- gegenseitige Sicherheit,
- Lösung von Konflikten nur mit politischen Mitteln,
- hinlängliche defensive Verteidigung,
- Freiheit der Wahl,
- Verzicht auf Gewaltanwendung,
- Priorität allgemeinemenschlicher Werte,
- Absage an einen weltpolitischen Antagonismus der politische Großsysteme,
- Errichtung eines gemeinsamen europäischen Hauses.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der zwingenden Logik des eingeschlagenen Weges der Jahre seit 1985. Auf russischer Seite ist dieser Gedanke u.a. kürzlich vom Gorbatschow-Berater Tschernjajew auf den Punkt gebracht worden: "Gorbatschow geriet, als er sich entschloß, das Land umzugestalten, in den Sog einer gewissen Logik: Die Perestrojka ließ sich nicht durchführen, ohne das Wettrüsten zu beenden. Um das Wettrüsten zu beenden, mußten die Beziehungen zu den USA verbessert werden. Die Beziehungen zu den USA ließen sich unmöglich verbessern, wenn man die im Westen herrschende Angst vor der 'sowjetischen Bedrohung' nicht zumindest abschwächte. Dabei kam es nicht darauf an, inwieweit diese Angst begründet war, sondern darauf, daß sie die Politik des Westens bestimmte. Um diese Angst zu beseitigen, mußte der 'eiserne Vorhang' – mit anderen Worten: die Spaltung Europas – liquidiert werden. Dies wiederum ließ sich nicht ohne die Wiedervereinigung Deutschlands erreichen".⁶³ Aus der Retrospektive mag dies tatsächlich zwingend erscheinen. Dennoch sollte jeder Interpretation widersprochen werden, die möglicherweise die Ergebnisse der Reformen Gorbatschows als von vornherein intendiert darzustellen sucht.⁶⁴

⁶² Vgl. Niederschrift über das Treffen führender Repräsentanten der RGW-Länder am 10./11. November 1986, S. 9. Vgl. SAPMO Barch, DY 30/J IV 2/658, Blatt 172.

⁶³ Unveröffentlichter Text des Vortrags von A. S. Tschernjajew auf der Tagung des Göttinger Arbeitskreises am 5. Mai 1995 in Mainz.

⁶⁴ Ein bes. typisches Beispiel hierfür stellt dar M. Gorbatschow, V. Sagladin, A. Tschernjajew: Das Neue Denken. Politik im Zeitalter der Globalisierung. München 1997. Weniger ambitioniert in dieser Richtung M. Gorbatschow: Erinnerungen. Berlin 1995.

3.2 *Glasnost und Perestrojka*

Eine Voraussetzung des Umbruches im internationalen System waren die Reformen des am 11. März 1985 von den Führungsgremien der KPdSU einstimmig gewählten Generalsekretärs. Gorbatschow sah zweifellos seine Außenpolitik vorwiegend als Fortsetzung der Innenpolitik. Der neue außenpolitische Kurs sollte seine innenpolitische Strategie abfedern und durch schnelle Erfolge absichern.⁶⁵

Nun gehört es ohnehin zur Logik des kommunistischen Herrschaftssystems, daß die bisherigen Fehlentwicklungen persönlicher oder oligarchischer Macht erst durch die Bestimmung eines neuen ersten Mannes korrigiert werden können, der seinerseits die Mannschaft des ehemaligen Generalsekretärs übernehmen muß und auf neue Koalitionsbildung und bürokratische Manöver angewiesen bleibt. Unter Breshnews Politik der "Stabilität der Kader" hatten sich die nach 1953 freigesetzten Auflösungstendenzen des Totalitarismus ausgebildet. Egoismus, eine zynische Grundstimmung und Kastenmentalität in den Apparaten hatten sich verfestigt. Besonders die Familienverbände der Funktionäre erwarteten vom System, daß ihre Privilegien gesichert und materiell ausgeweitet würden. Korruption breitete sich aus, je mehr die Durchgreifkapazität beschränkt und Führung sowie Polizei und Sicherheitskräfte selbst korrumpiert und pluralisiert wurden. Viele Intellektuelle verfielen in Resignation oder erwarteten die Heilung von einem erlösenden Führungswechsel. Die Masse der sowjetischen Bevölkerung war allem Anschein nach ohnehin von der Perspektivlosigkeit des Systems angewidert. Die kampagneartig verbreiteten Feindbilder (besonders USA, Deutschland, Japan, China) griffen angesichts der Folgen der ersten Entspannung immer weniger. Der Spätstalinismus Breshnews, Andropows und Tschernenkos wurde von weiten Teilen der Eliten, besonders der Kultur- und selbst der Partieliten als faulender und parasitärer Totalitarismus empfunden. Die Peripherie der Sowjetunion hatte sich als für das Zentrum schwer beherrschbar erwiesen. Auch die Interventionskapazitäten der Sowjetunion in den Gefolgsstaaten waren nur noch mit größter Mühe (Forderung nach Selbstintervention im Falle Polens nach 1980) mobilisierbar. Ein neuer Aufbruch schien dringend erforderlich, obwohl die Sowjetunion unter der traditionellen Strategie eines Romanow oder Grischin vermutlich noch heute existieren würde.

Erwartungen, unter Gorbatschow die angestauten Interessen von Segmenten der Gesellschaft erfüllen zu können, erwiesen sich als voreilig. Besonders Hoffnungen der sich schon zuvor partiell vom Zentrum entfernenden Regionen und Nationen auf mehr Selbständigkeit wurden nicht erfüllt. Die kommunistischen Eliten mußten sich selbst an die Spitze der Nationalbewegungen setzen und zerstörten den Zwangsverband UdSSR schließlich absichtsvoll. Die sowjetische Führung mochte jedoch – und das zeigt ihre Abhängigkeit von der Theorie und Praxis ihrer Außenpolitik – nicht einmal im Falle der baltischen Staaten zur Ultima ratio des Systems, zur Gewalt greifen, weil sie sehr wohl um die klare Position besonders der amerikanischen Administration des US-Präsidenten Bush wußte. So verhinderte, von einer

⁶⁵ Vgl. G. Wettig: Zu den innen- und außenpolitischen Voraussetzungen der sowjetischen Außenpolitik. Berichte des BIOst, 42, 1990.

ethisch begründeten Position einmal abgesehen, die Rücksichtnahme auf westliche Partner möglicherweise naheliegende gewaltsame Lösungen im inneren wie im äußeren Imperium.

Die erst 1988 in der UdSSR angelaufenen Wirtschaftsreformen (Wahl der Betriebsdirektoren, Zulassung von echten Kooperativen) destabilisierten das Land jedoch weiter. Sie erschütterten auch die Positionen der alten Wirtschaftsbürokratie, ohne überzeugende Ergebnisse zu zeitigen.⁶⁶ Die UdSSR schlitterte in die Anarchie.

Die demokratischen Kräfte der Elite forderten als Ausweg marktwirtschaftliche Reformen, waren aber überzeugt, daß Wirtschaftsreformen ohne tiefgreifende politische Reformen nicht sinnvoll seien. Sie setzten offenkundig auf westliche Unterstützung der Perestrojka, was darauf hinauslief, Forderungen der Außenwelt bei der Konzeptualisierung von Außenpolitik immer stärker zu berücksichtigen. Anders gesagt: Da die Autorität des Zentrums abnahm, die Potentiale der inneren Konfliktlösung nicht mehr griffen, wurde die Rolle der Außenwelt immer wichtiger. Je mehr jedoch die Anpassung der Sowjetunion an die Realitäten des internationalen Systems Wirklichkeit wurde, um so deutlicher formierte sich ab Anfang 1990 die "linke" Opposition (die man fälschlich auch in westlichen Analysen "Rechte" nennt) gegen Gorbatschow und seinen Außenminister. Ab November 1990 zeichnete sich sogar ein vorsichtiger Rückzug Gorbatschows von bisherigen liberalen Positionen in der Innenpolitik ab. Das Militär und die realpolitische Schule nahmen in den letzten Monaten der Ära Gorbatschow wieder vermehrt Einfluß auf die Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Ohnehin war es niemals gelungen, wirklich nennenswerte Beträge vom Rüstungsetat auf das Wirtschafts- und Sozialbudget umzuleiten, wodurch auch westliche Unterstützung wirkungslos blieb.⁶⁷

3.3 Institutionen und Personen

Die Anfang Juli 1985 erfolgte Abschiebung Gromykos auf den Posten des Vorsitzenden des Obersten Sowjet und gleichzeitige Berufung des außenpolitisch unerfahrenen georgischen Parteichefs Schewardnadse zum Außenminister der UdSSR zeigte an, daß der Generalsekretär sich die Außenpolitik persönlich und mit großer Dringlichkeit selbst vorbehalten wollte.

Nach der XIX. Parteikonferenz im Juni 1988 befreite sich Gorbatschow, als Konsequenz des Widerstands der Parteibürokratie gegen seine politischen Reformen, immer mehr vom Mitsprache- und Störpotential des Politbüros und entkleidete das ZK-Sekretariat durch Kommissionsbildungen weitgehend seiner langjährig eingenommenen Rolle. Anstelle verschiedener Institutionen von Partei und Staat, die die sowjetische Außenpolitik zuvor

⁶⁶ Vgl. insbes. die Arbeiten von H.-H. Höhmann: Der wirtschaftliche Niedergang Osteuropas und der Sowjetunion, in: W. Wagner u.a. (Hrsg.): Internationale Politik, 1989-1990, München 1992, S. 174-191; ders.: Sowjetische Wirtschaft 1990/91: Krise und Notstandsregime statt Systemwechsel, in: BIOst (Hrsg.): Sowjetunion 1990/91. München-Wien 1991, S. 135-150. Vgl. bes. auch R. Götz: Strukturerbe und Systemtransformation in der früheren UdSSR. Erfahrungen der Perestrojka, Außenpolitik, 45, 2, 1994, S. 166-175.

⁶⁷ Nach Meinung des heutigen russischen Botschafters in Frankreich, Ryshow, wurde bei der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 1989 die letzte Chance für eine Konsolidierung der Finanzen vertan. Es sei versäumt worden, die notwendigen Mittel aus dem Rüstungshaushalt umzuleiten. Vgl. das Interview mit Ryshow, Obščaja 32, August 1997.

beeinflußten (Koalitionspraxis), lag nunmehr die praktische Federführung beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das um Abteilungen für Menschenrechte, Abrüstung, internationale Wirtschaft und nicht-paktgebundene Staaten erweitert wurde. Darüber hinaus war im MfAA eine Sektion für sozialistische Staaten installiert und die ZK-Abteilung für die regierenden KP'en mit der Internationalen Abteilung vereinigt worden, was ihre seit 1957 bestehende Eigenständigkeit beendete. Dem Militär hatte Gorbatschow nach der Rust-Affäre vom Mai 1987 die für die Formulierung und Außenvertretung von Sicherheitspolitik zuvor nicht unerhebliche Mitsprachemöglichkeit genommen. Der bisher keineswegs zu vernachlässigende Einfluß des KGB auf die Außenpolitik wurde durch Abschieben seines Vorsitzenden Tschebrikow zum Oberaufseher einer ZK-Kommission für die Rechtsinstitutionen gestutzt. Im Parteiapparat oblag nach dem Rückzug des späteren Gorbatschowkritikers Dobrynin⁶⁸ die wesentliche Koordinierung dem Gorbatschow-Intimus Jakowlew, der die im Herbst 1988 gebildete Internationale Kommission leitete.

Voraussetzung für die Adaption der Außenpolitik und die Hinnahme der sich erdrutschartig vollziehenden Entwicklungen in den Ländern besonders Ost- und Mitteleuropas ab 1989 war jedoch die Doppelrolle Gorbatschows als Chef sowohl staatlicher Exekutive im neugeschaffenen Präsidentenamt der UdSSR als auch Generalsekretär der Partei. Nach dem XXVIII. Parteitag im Juli 1990 war Gorbatschows institutionelle Entscheidungsvollmacht zumindest formal präzedenzlos. Allerdings nahm jedoch als Folge adaptiver Außenpolitik ab Frühjahr 1990 die Kritik an der Politik des "neuen Denkens" ständig zu und erreichte im Sommer und Herbst 1991 ihren Höhepunkt. Zu dieser Zeit war Schewardnadse bereits aus dem Amt geschieden (20. Dezember 1990), und die Kritiker im Militär- und Parteiapparat bereiteten sich auf das Anhalten von Perestrojka, Glasnost und neuem Denken vor. Ihnen hatte Gorbatschow ungefähr zur gleichen Zeit Tribut zollen müssen, als die Vereinigung Deutschlands formal abgeschlossen war.

Unter prioritärer Einbeziehung der objektiven Voraussetzungen der Krise des politischen Systems des parteimonopolistischen Sozialismus, wird man allerdings konstatieren können: Mit Gorbatschow und seiner Equipe kam ein für russische Führer ungewöhnliches, der idealistischen Denkschule mehr und mehr entlehntes Verständnis von Politik in den Ost-West-Konflikt.⁶⁹ Ob dieses anfangs nur propagandistisch gemeint war oder nicht, sei dahingestellt.

⁶⁸ A. Dobrynin: In Confidence. New York 1995.

⁶⁹ Vgl. S. Kober: Idealpolitik, Foreign Policy, 79, 1990, S. 3-24. Unter idealistischer Denkschule soll eine solche verstanden werden, die von der globalen Interdependenz anstelle von Anarchie des internationalen Systems ausgeht. Sie sieht die Dynamik internationaler Ordnung von staatlichen wie nicht-staatlichen Organisationen bestimmt. Sie setzt auf Integration und Verstärkung normativer Elemente des Völkerrechts, auf kooperative Sicherheit. Diese Theorie wendet sich vor allem gegen Machtmaximierung und den Ausbau eines Selbsthilfesystems, gegen eine Außenpolitik der Stärke und gegen praktische Null-Summen-Spiele. In der UdSSR waren ihre Anhänger zuletzt besonders im Außenministerium angesiedelt. Zu ihnen gehörte schon von seiner Funktion her der zeitweilig bei den UN tätige sowjetische UN-Botschafter W. Petrowskij, der zuletzt zum stellvertretenden Außenminister aufstieg. Vgl. V. F. Petrovskij: Postkonfrontacionnaja perspektiva OON, MÊiMO, 4, 1990, S. 16-24; ders.: A Dialogue on Comprehensive Security, International Affairs, 11, 1989, S. 3-13.

Jedenfalls erwies es sich dieses Verständnis als Selbstläufer und schuf den Rahmen dafür, daß sich die sowjetische Elite mit dem Kollaps ihres Imperiums abfinden konnte.

In diesem Zusammenhang darf man die intersystemaren, persönlichen Beziehungen, die freundschaftliche Züge annahmen, nicht unterschlagen. Gorbatschow entwickelte seit 1986 ein geradezu respektvolles Verhältnis zu US-Präsident Reagan.⁷⁰ Vor dem Politbüro erklärte er am 17. Dezember 1987: "In Washington haben wir, vielleicht zum ersten Mal, so klar verstanden, wie wichtig der menschliche Faktor in der internationalen Politik ist. Zuvor waren wir mit einer eher banalen Formel zufrieden. (...) Hinter dieser Formel spürten wir tatsächlich persönliche Begegnungen, aber im Grunde handelt es sich doch um Begegnungen zwischen Vertretern zweier unversöhnlicher Systeme (sic), die für unversöhnliche Klassenunterschiede stehen."⁷¹

Die fast herzlich zu nennende Beziehung zwischen der damaligen britischen Premierministerin Thatcher und Gorbatschow datiert bekanntlich sogar aus dem Jahre 1984.⁷² Auch das Verhältnis zwischen dem sowjetischen Präsidenten und dem deutschen Bundeskanzler nahm vor dem Hintergrund des überschwenglichen Empfangs der Deutschen seit dem Juni 1989 respektvolle, wenn nicht gar freundschaftliche Züge an. Nicht anders kann man die Beziehungen zwischen Schewardnadse und Shultz sowie Baker und dem sowjetischen Außenminister und seinem deutschen Amtskollegen Genscher oder das Verhältnis zwischen Tschernjajew und Teltschik kennzeichnen. Sicher ließ sich die sowjetische Außenpolitik von Interessen leiten, doch sollte die vertrauensbildende Seite persönlicher Diplomatie jener Jahre nicht unterschätzt werden.

4. Fazit

Gorbatschows Intention war es, Bedingungen dafür herzustellen, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als Großmacht in das 21. Jahrtausend gehen könne. Er hoffte hierzu, die Regeln des internationalen Systems gemeinsam mit anderen neu definieren zu können, um das Spiel auf internationalem Parkett weniger konflikt- und kostenintensiv weiterspielen zu können. Hinsichtlich der USA ging er davon aus, diese würden aus eigenem Interesse Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie die Begrenzung regionaler Konflikte mittragen und sich nicht direkt in die Interessensphäre der UdSSR in Europa einmischen. Er wollte schließlich das sozialistische Lager erhalten und nach Kräften revitalisieren. Dabei setzte er auf die erneute Stützung, besonders durch Innovationshilfe, sowie gleichzeitige Zurückhaltung der Westeuropäer. Eine qualitativ neue "Vervollkommnung des Sozialismus" war ohne Rückkehr zur Entspannung nicht möglich. Doch am Ende der Sowjetunion stand der "Verlust" Osteuropas, die Wiedervereinigung Deutschlands sowie die Auflösung des von der UdSSR geführten Militär- und des weltweiten Wirtschaftsbündnisses.

⁷⁰ So das Zeugnis von Tschernjajew und Tarassenko, in: W.C. Wohlforth (Hrsg.): *Witnesses ...*, a.a.O., S. 14ff, 17ff.

⁷¹ Aus den Tschernjajew-Notizen über die Sitzung des Politbüros, in: ebenda, S. 49.

⁷² Vgl. M.S. Gorbatschow: *Erinnerungen*, a.a.O., S. 637ff.

Tatsächlich wäre aber auch ein weitsichtigerer Reformator an die Mauern des spättotalitären Systems gestoßen, die zu übersteigen, wie wir heute wissen, letztlich nur um den Preis von dessen Zerstörung möglich war. Und gewiß waren es auch die unnatürlichen Sozialisationsformen und ideologischen Internalisierungen, die das Gorbatschow-Team, ambitioniert, voller Illusionen über die Realisierbarkeit eines humanen Sozialismus, nach innen und nach außen scheitern ließen. Dennoch hatten gerade diese Persönlichkeiten eine weitgefächerte Vision des politischen Wandels, die sie auf eine ernstgemeinte Entspannung als Grundlage echter Reformen und auf die Überwindung des Stalinschen Erbes nach innen und außen setzen ließen. Politische Konzeptionen, die bei einem ideokratischem System zuvor oder nachträglich erst die Legitimierung der Aktion schaffen, wurden – für Leninisten ungewöhnlich – ethisch begründet. Sie bedeuteten eine Absage an die Anwendung äußerer Gewalt und an das Grundtheorem leninistischer Außenpolitik: die Übertragung des inneren Klassenkampfes auf die internationale Arena. Wesentlich ist, daß man Gorbatschows Konzeptbildung als einen sukzessiven Prozeß versteht. Es entwickelte allerdings einerseits durch internationale Übereinkünfte, andererseits durch keineswegs angestrebte Revolutionen im kommunistischen Machtbereich selbst ein Eigenleben. Die Welt erhielt damit durch Gorbatschow eine völlig gewandelte Architektur.

Andererseits legten Gorbatschow und seine Mitarbeiter bis zuletzt kein geschlossenes Konzept ihrer Außenpolitik vor. Zum einen hatte dies seine Ursache darin, daß die Veränderungen des internationalen Systems zu sprunghaft verliefen, nicht von den Mächtigen dieser Welt steuerbar waren. Zum anderen war der Gegensatz zwischen den Anhängern einer realpolitischen Sicht (z.B. den Gromykoisten) einerseits und den Vertretern der quasi-idealistischen Richtung keineswegs endgültig zugunsten einer neuen außenpolitischen Denkschule entschieden worden. Dennoch eliminierte das neue politische Denken den bisher zur kommunistischen Herrschaftssicherung benötigten "äußeren Feind". Es untergrub damit die *raison d'être* der Parteiherrschaft und in deren Folge selbst die ideologische Grundlage für die Existenz der Sowjetunion.

Gorbatschow strebte – wie wir gesehen haben – eine Konsolidierung der UdSSR, keineswegs ihre Zerstörung, sondern einen Zuwachs an Sicherheit durch ein anfangs kooperatives, später, ab Ende 1988 durch ein "kooperativ-integratives Konfliktregulierungsmodell"⁷³ an. Die Geschichte ist anders verlaufen. Als positives Resultat der Beendigung des Kalten Krieges ist jedoch eine ungewöhnliche Vertrauensbildung für die Russische Föderation entstanden, die in der Geschichte Moskauer Diplomatie nach dem Ende des 19. Jahrhunderts präzedenzlos bleibt.

⁷³ Link, a.a.O., S. 257.

Fred Oldenburg

Soviet Foreign Policy 1985-1991

Bericht des BIOst Nr. 53/1997

Summary

Introductory Remarks

This study examines Soviet foreign policy during the years 1985-1991, a period that saw the reunification of Germany, the collapse of the Soviet Union's external and internal empires and the end of the Cold War. In view of the dramatic nature of events, it takes a multi-level approach, as recommended by a number of scholars. Beginning with an outline of foreign policy during this period, it then goes on to examine the course of events in a number of different lights. It traces the development of the "new thinking", analyses the influence of *glasnost* and *perestroika* on foreign policy and looks at the persons and institutions that shaped it.

Findings

1. Soviet foreign policy during the period 1985-1991 was shaped by shifts in international power structures that put the USSR at an increasing disadvantage. Not only had a change in the balance of power been taking place since the end of the 1970s but the instruments of power at the USSR's disposal in its external empire had also diminished. This decline was primarily a product of the twilight years of totalitarianism in the USSR and the other communist-ruled East European states. It was also, however, a consequence of decades of over-commitment of resources abroad as well as of the USA's establishment of a rival power under President Reagan. Finally, in the autocratically-run system on which the USSR was based both individuals and institutions had an important role to play, a factor that should not be underestimated.
2. From the very beginning, Gorbachev was forced to support his ambitious programme of internal reforms with a complementary series of foreign policy measures. First priority was given to relations with the USA, for it was only through friendly co-operation with Washington that the USSR could hope to obtain a breathing space in the tradition of political and ideological confrontation and to set about achieving the institutional integration of the USSR in a new world order on the basis of a radically altered foreign policy doctrine.
3. Once a constructive disarmament dialogue with the USA had been set in motion, the next task was to win West European support for a large-scale modernisation programme in the USSR. The first step towards achieving this was for the Soviet Union to allay the West Europeans' fears by relinquishing its military superiority and distancing itself from any inter-

ference, and most especially from any use of force, in Eastern Europe. From the end of 1988 onwards Soviet diplomacy began to signal a reduced role for Eastern Europe and an upgrading of Western Europe in Soviet foreign policy. A logical consequence of this policy was to abandon the division of Europe and to stop sustaining social and political differences to such a marked degree. A crucial factor in the ultimate failure of this concept of the "European house" was the impossibility of bringing about reform in the states of Eastern Europe, which, once the Brezhnev Doctrine had been abandoned, were able to follow the model of Western democracy. This was most evident in the reunification of Germany.

4. In its policy towards the Third World the Soviet Union was more successful than it might seem in retrospect. Diplomatic relations were established or revived with a number of states and, most important of all, Soviet diplomacy became involved in the resolution of a number of regional conflicts and adopted a more positive attitude to the role of the United Nations. The most outstanding event of this period was the withdrawal of troops from Afghanistan in February 1989. This demonstrated that Gorbachev was prepared to rectify the expansionist policies of his predecessors and even to launch strategic retreats. A trend during this period, particularly in Latin America but elsewhere too, was that crises were increasingly managed by political means. In the Asia-Pacific area, the USSR succeeded in achieving a lasting improvement in relations with China and in normalising relations with South Korea. Gorbachev's attempts to sustain or even to expand Soviet influence were also evident in the Middle East. The Gulf War of January 1991 served to show, however, to what extent and under what circumstances the USSR was prepared to abandon support for client states and to submit to the leadership of the USA. Gorbachev's disappointment over the cost of Soviet policy towards the Third World was most evident in Africa.
5. The concept of the "new thinking", which at least to some extent necessarily preceded Soviet foreign policy practice, replaced the doctrine of the class struggle on which Soviet theory of international relations had previously been based. The deliberate division of the world into two hostile political systems, the application of double standards in international law and a security policy based on potential confrontation between countries and alliances were replaced by other principles: the interdependence of states, mutual security, the resolution of conflicts solely by political means, the concept of sufficient defence, free elections and priority for universal human values.
6. Since Gorbachev's internal reforms were a precondition for the changes in the international system, foreign policy in some ways seemed to be simply an extension of domestic policy. In actual fact, however, there was an intensive interaction between the two. In particular the Soviet Union's loss of legitimacy, which was aggravated by *glasnost*, the rapidly worsening economic and financial crisis and the unresolved nationalities issue demonstrated how important it was to score successes in foreign policy. The long-overdue restructuring of the economy and the far-reaching political reforms destabilised the system still further. A significant contributory factor here was the belief of the liberal members of the elite that the market reforms and democratisation they were determined to bring about

could only be achieved with reference to the international system and through the express renunciation of violence.

7. Institutional and personnel changes clearly demonstrated that a break had been made with previous strategies. One of the most important indications that Gorbachev regarded changes in Soviet foreign policy as a matter of urgency that he wished to supervise personally was the early appointment of Eduard Shevardnadze as USSR foreign minister. Further signs of which way the wind was blowing were the reorganisation of the Foreign Ministry and the suppression of Communist Party influence. What ultimately allowed the Soviet Union to adopt a new foreign policy and to accept the landslide developments in the countries of Eastern and Central Europe, however, was the almost unique dual role that Gorbachev assumed as both president of the USSR and general secretary of the CPSU. Unusually for a Soviet leader, Gorbachev and his team developed a concept of foreign policy borrowed from the idealistic school of thought and thus made a significant contribution to ending the Cold War.
8. Gorbachev's intention was to prepare the international ground for the USSR to enter the next century as a Great Power. The hope was that Soviet diplomacy would, together with others, redefine the rules of the system of international relations. In its foreign policy Moscow sought to increase global security via co-operative and integrated conflict regulation and thus to consolidate the USSR's position in the international arena. And while Soviet diplomacy failed in this endeavour, it bequeathed to its successors a degree of mutual trust that after decades of conflict between East and West was entirely without precedent.